

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Postämter und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 33.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise die Abrechnungsbilanz. Belegblätter für Anzeigen aus Aue und Umgebung 20 Pfennige, auswendige Anzeigen 25 Pfennige, Reklamationsblätter 20 Pfennige, auswendige Reklamationsblätter 25 Pfennige, amtliche Briefe 10 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 101

Sonntag, den 1. Mai 1927

22. Jahrgang

Deutschland im Absterben?

Antimalthusianismus in der Weltwirtschaftlichen Vereinigung.

Berlin, 28. April. Auf einem Vortragsabend der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft sprach der Präsident des preussischen Statistischen Landesamtes, Dr. Saenger, über das Bevölkerungsproblem. Einleitend bedauerte der Vortragende, daß das Problem auf den bisherigen Wirtschaftskonferenzen so wenig beachtet worden sei. Er verbreitete sich sodann über den Geburtenrückgang, der bereits vor dem Kriege als eine große weltwirtschaftliche Gefahr angesehen worden sei. Der Rückgang habe auch nach dem Kriege angehalten, während die Schulungsterblichkeit erfreulicherweise zurückgegangen sei. Des Weiteren setzte sich Dr. Saenger mit der Theorie von Malthus und den verschiedenen Theorien über die Ernährungsfähigkeit der Welt, die von Volkswirten auf 5,7 bis 8 Milliarden Menschen geschätzt wird, auseinander. Danach sei, was die Nahrungsvorsorgung anbelange, keine Schwierigkeit in der weltwirtschaftlichen Entwicklung zu erblicken. Der Redner schloß sich dem Einfluß der biologischen, technologischen, der soziologischen und der psychologischen Momente, nach der Einteilung von Sombart, auf die Bevölkerungspolitik.

Im zweiten Teile seines Vortrages beschäftigte sich Dr. Saenger mit dem Bevölkerungsproblem in Deutschland. Infolge der augenblicklichen starken Ueberbevölkerung und der ungeheuren Arbeitslosigkeit sei die bevölkerungspolitische Lage Deutschlands außerordentlich ungünstig. An Hand von statistischem Material und zahlreichen Beispielen kam der Redner zu dem Schluß, daß Deutschland sich auf dem Wege des langsamen Absterbens befinde. Wege zur Abhilfe seien in der Schaffung einer Jugendbevölkerung, die nur durch Volksvermehrung möglich sei, durch eine erweiterte Siedlungspolitik, insbesondere in Ostdeutschland, durch Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und eine gesunde Lohn- und Gehaltspolitik gegeben. Der Redner schloß damit, daß er sein Bedauern darüber ausdrückte, daß auch auf der kommenden Weltwirtschaftskonferenz das Bevölkerungsproblem nicht behandelt würde. Hier hätte Deutschland Gelegenheit gehabt, seine außerordentlich schwierige bevölkerungspolitische Lage den anderen Vätern zu unterbreiten.

Die Staatliche Zukunft Deutschlands.

Von Dr. Kütz, M. d. R.

Es war eine mutige Tat, daß die Deutsche Demokratische Partei auf ihrem Parteitag in Hamburg die Frage der künftigen Gestaltung Deutschlands vor der politischen Öffentlichkeit eingehend erörterte. Das Problem birgt so ungeheure Schwierigkeiten, daß auf Seiten der meisten Parteien die Neigung besteht, es als noch zu tangere zu behandeln, obwohl jeder Politiker mit einiger Aufrichtigkeit vor sich selber bekennen muß, daß der heutige Zustand schlechthin eine Unmöglichkeit ist. Ein deutsches Reich mit 2000 Parlamentariern, mit 60 Ministern und mit „eigenstaatlichen“ Ländern von der Bevölkerungsziffer einer Kleinstadt läuft Gefahr, dem Fluge weltgeschichtlicher Väterlichkeit anheim zu fallen. Unsere Kinder werden uns dereinst nicht verzeihen, daß wir eine solche staatsorganisatorische Groteske so lange gebuldet haben.

Welch ungeheures Verdienst hätte sich die sogenannte Revolution des Jahres 1918 um die deutsche Zukunft erworben können, wenn sie den historischen Augenblick erkannt hätte! Der deutsche Einheitsstaat war für sie keine tragende Idee. Wenn sie ein großer geschichtlicher Moment verpaßt worden ist, so ist es damals geschehen. Die Wenigen, die, wie Hugo Preuß, das Gebot der Stunde erkannten, blieben Prediger in der Wüste, und es wäre außerordentlich interessant, nachträglich sich einmal die Namen derer zu vergegenwärtigen, die dem von Preuß propagierten Gedanken des Einheitsstaates gegenüber ihre föderalistische und partikularistische Einstellung bekundeten. Mancher würde heute bescheldener vom „Einheitsstaat“ sprechen. Es mögen bei einzelnen Personen damals unsichere Motive mitgewirkt haben: das Lieben am einzelstaatlichen Amt, die Sucht, im einzelstaatlichen Parlament die maßgebende Stellung zu behaupten — der letzte Grund lag tiefer. Die Vorstellung des Einzelnen war mit dem, was in den Staaten an politischer, wirtschaftlicher und kultureller Eigenart in der Vergangenheit entwickelt worden war, so eng verbunden, daß man sich auch in der Revolution von ihm nicht trennen wollte. Ein zweites kam hinzu. Das deutsche Kaiserreich hatte die deutsche Leistungskraft auf vielen Gebieten zu einem Höchstmaß gesteigert — zu einer deutschen Nation hatte es das deutsche Volk nicht entwickelt. Dynastische Fesseln lähmten hier das Vorwärtsschreiten. Es wäre unwahrscheinlich, wenn man leugnen wollte, daß auch manche Fürstenhäuser vor allem in der kulturellen Entwicklung eine glückliche und dankenswerte Rolle gespielt haben, aber das gewollte Ausgehen in die gesamtdeutsche und deutsch-nationale Entwicklung fehlte. Und wenn das deutsche Reich der Kaiserzeit, obwohl es verfassungsmäßig nur ein Fürstentum war, darüber hinaus Umsätze zu einem gesamtdeutschen Empfinden und Handeln brachte, so nur deswegen, weil Bismarck dem demokratischen Gedanken in dem Reichstag als gemeinsamer Volksvertretung eine starke Konzession machte. Im übrigen beruhte das deutsche Kaiserreich auf dynastischer Tradition und bundesfürstlicher Souveränität.

Diese Struktur des Bismarckschen Reiches wurde von der Revolution innerlich durch Beseitigung der Fürsten ausgehöhlt. Dadurch, daß gleichzeitig die Personalunion zwischen Preußen und dem Reich verloren ging, brach ein weiterer Grundpfeiler. Gleichwohl versuchte die Revolution, die innerstaatliche Struktur des deutschen Reiches der Bismarckschen Epoche zu übernehmen, und so haben wir den heutigen Zustand bekommen. Die Entwicklung drängt nach Neugestaltung, aber was in der Revolution mißglückt hätte durchgesetzt werden können, wird jetzt zu einem ungeheuer schwierigen staatsorganisatorischen und staatspolitischen Problem.

Gleichviel, ob man Unitarier oder Föderalist ist, man wird das eine als programmatisch richtig anerkennen müssen: in dem deutschen Reich der Gegenwart und Zukunft müssen die Staaten verschwinden, deren Eigenstaatlichkeit nur auf dynastischer Tradition und nicht auf innerer staatlicher Lebenskraft beruht. Des Weiteren wird als Entwicklungstendenz die Notwendigkeit von seiner Seite bestritten werden können, die Leistungskraft des deutschen Reiches auf politischem und wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete bis zum erreichbaren Höchstmaß zu steigern. Das ist nur möglich durch eine starke Zusammenfassung von Gesetzgebung und Regierung beim Reich in allen reichswichtigen Angelegenheiten, unter Dezentralisierung der Verwaltung in regionalen und ausführungsmäßigen Angelegenheiten. Und ein Drittes liegt schließlich klar zutage: mindestens ebenso wichtig wie das Problem des Einheitsstaates ist das des Einheitsvolkes. Nur der deutsche Staat wird zur höchsten Leistungskraft emporkommen, den die Ausbeutung

Endgültige Beseitigung des russisch-schweizerischen Konflikts

Die Sowjets gehen nach Genf.

Moskau, 29. April. Aus gut informierten Kreisen erzählt der Vertreter der „Rossischen Zeitung“, daß Rußland entschlossen ist, sich an der Genfer Wirtschaftskonferenz zu beteiligen, und zwar nicht nur als Beobachter, sondern als ordentlicher Teilnehmer. Die russische Delegation wird nicht von Litwinow, sondern von wirtschaftlichen Sachverständigen geleitet werden.

Moskau, 29. April. Die Sowjetregierung ernannte heute die Mitglieder der russischen Kommission für die internationale Weltwirtschaftskonferenz. Zum Vorsitzenden wurde Ossiki, zu Mitgliedern Sokolnikow, Ghintschik und Wepfe ernannt. Der Kommission sind fünf Sachverständige beigegeben. Sekretär der Kommission ist Stein.

Paris, 29. April. Der Beschluß der russischen Regierung, an der Weltwirtschaftskonferenz teilzunehmen, wird in Frankreich als Symptom für eine bevorstehende

Wendung in der internationalen Politik Rußlands mit Genugtuung verzeichnet. Man glaubt hier bestimmt, Anhaltspunkte dafür zu haben, daß die Sowjetregierung eine gründliche Modifikation ihrer Haltung zum Völkerbunde vorbereite. So will der „Temps“ wissen, daß in Moskau bereits die Absicht besteht, auch zu der vorbereitenden Abrüstungskonferenz, die ja im Herbst ihre Beratungen wieder aufnehmen soll, einen Vertreter zu entsenden, und daß man darüber hinaus in den führenden Sowjetkreisen bereits in Erwägungen darüber eingetreten sei, Rußland zunächst durch einen „Beobachter“ ständig in Genf vertreten zu lassen.

Einen untrüglichen Beweis für die Bestimmung der Sowjetmacht gegenüber dem Völkerbunde liefert das Blatt in der Tatsache, daß die russische Regierung die von der Schweiz angebotene Benützung für die Ermordung ihres Botschafters, die sie noch im vorigen Jahre als ungenügend auf entschiedenste zurückgewiesen habe, jetzt unverändert angenommen hat. Dieser Umfall sei nur aus dem Wunsche Moskaus heraus zu erklären, sich nicht länger selbst aus der Diskussion der großen internationalen Probleme, deren Schwegelgewicht sich mehr und mehr nach Genf verschiebt, auszuschließen.

„Iswestija“ über die Teilnahme Rußlands an der Weltwirtschaftskonferenz.

Moskau, 29. April. „Iswestija“ schreiben: Der Beschluß der Sowjetregierung, ungeachtet der ungewöhnlichen Mittelungsweise des Völkerbundes durch einen Anschlag im Völkerbundsgebäude, an der Internationalen Weltwirtschaftskonferenz teilzunehmen, ist der beste Beweis von der Sinnlosigkeit der Behauptungen, daß die Sowjetregierung angeblich eine Selbstisolation anstrebt und die Verurteilung auf den Sowjet-schweizerischen Konflikt als diplomatischen Vorwand für die Verweigerung einer Teilnahme an den europäischen Konferenzen benutzt hat. Der Entschluß der Sowjetregierung bedeutet nicht, daß die Sowjetunion optimistische Hoffnungen auf die Konferenz setzt, von deren Programm die wirklichen Ursachen der schweren Krise der Weltwirtschaft ausgeschlossen sind. Die Teilnahme der Sowjetunion an der Konferenz darf nicht als Möglichkeit irgendwelcher Veränderungen des Außenhandelsmonopolsystems ausgelegt werden. Die Sowjetunion strebt die Entwicklung von Wirtschaftsbeziehungen zu den kapitalistischen Staaten an, was nur bei unbedingter Aufrechterhaltung des unverrückbaren Außenhandelsmonopols möglich ist.

Holländisch-belgische Verhandlungen über die Platzwischenfälle.

Amsterdam, 29. April. Nach dem „Allgemeinen Handelsblatt“ stattete gestern der niederländische Gesandte in Brüssel dem belgischen Außenminister einen Besuch ab, wobei u. a. die letzten Zwischenfälle in Hollandisch-Limburg zur Sprache kamen und dem Gesandten versichert wurde, daß die belgische Regierung etwaige neue Zwischenfälle soweit wie möglich verhindern wolle.

Gemeindevahlen im Memelgebiet.

Memel, 29. April. Im Memelgebiet haben gestern die Gemeindevahlen stattgefunden. Die Wahlbeteiligung war geringer als im Jahre 1924. Das Ergebnis der Wahlen in der Stadt Memel zeigt ein Anwachsen der kommunistischen Mandate von 6 auf 10 und einen Rückgang der sozialdemokratischen Sitze von 18 auf 5. Die neue linkssozialistische Liste errang drei Sitze. Bei den bürgerlichen Parteien einschließlich der Nationaltauer sind keine Verschiebungen im bisherigen Bestande eingetreten.

Hughes über die Abrüstungsfrage.

New York, 29. April. In seiner Rede auf der Jahresversammlung der American Society for International Law führte der frühere Staatssekretär Hughes, der bekanntlich die Vereinigten Staaten auf der Flottenabrüstungskonferenz vertrat, aus, daß kaum eine günstigere Zeit für die Beschränkung der Rüstungen zu erwarten sei als die gegenwärtige. Die Genfer Diskussionen müßten daran verzweifeln, eine weltumfassende Rüstungseinschränkung für alle Völker und Waffengattungen zu erreichen. Aber wie Wunten mit der Erfahrung der letzten Jahrzehnte vor Augen Staatsmänner die gegenwärtige Gelegenheit zur Abrüstung vorbegehen lassen? Die Beschränkung der deutschen Wehrmacht durch den Versailler Vertrag sollte nach der Erklärung der Mächte der Beginn einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung sein und der Vertrag von Locarno habe die Grundlagen der Sicherheit geliefert. Es sei kaum zu erkennen, auf welchem anderen Wege eine solche Sicherheit geliefert werden solle. Die erhoffte Verständigung der drei Mächte Amerika, England und Japan über die Beschränkung sollte anderen Mächtern als Beispiel dienen.